



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 72. Ratssitzung vom 13. Dezember 2023

2625. 2023/543

**Postulat von Johann Widmer (SVP) und Martin Götzl (SVP) vom 22.11.2023:
Verzicht auf eine Erhöhung der Lohnsumme ab dem Budget 2025 während fünf
Jahre**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

***Johann Widmer (SVP)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2537/2023):
Natürlich ist der FAP nur eine Prognose. Es zeigt sich, dass der Stadtrat zwar die Lohnsumme oder die Stellenprozente nur marginal reinschreibt, am Ende aber sollen wir trotzdem zur Kenntnis nehmen, dass die Lohnsumme massiv ansteigt. Das sollten wir im FAP bereits berücksichtigen. Anstatt dort mehr Stellenwerte einzustellen, sollte so prognostiziert werden, dass man im Budget eine stagnierende Lohnsumme hat. Es geht nicht an, dass der Staat immer mehr Stellen ausschreibt und derart wächst. Daher sollten wir bereits beim FAP beginnen und verlangen, dass der Stadtrat ihn so gestalten soll, dass es im Budget jeweils klar ist, dass die Lohnsumme gleichbleiben oder sogar abnehmen wird. Mit dem Postulat laden wir alle ein, dem Staatsapparat Einhaltung zu gebieten.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

***STR Daniel Leupi:** Ich könnte einen längeren Vortrag darüber halten, was alles gegen das Postulat spricht. Ich knüpfe an die die Fraktionserklärungen der SVP und der FDP an, in denen wir hörten, wie die laufende Teuerung den Mittelstand belastet. Wenn wir das Postulat umsetzen, können wir unserem Personal keinen Teuerungsausgleich mehr gewähren. Das allein bereits ist ein Grund, weshalb wir das Postulat ablehnen.*

Weitere Wortmeldungen:

***Sven Sobernheim (GLP):** Wenn Ihr ein solches Postulat zum Budget einreicht, hättet Ihr es im Budget 2024 konsequent weiterziehen und zum Beispiel 17 Frontpolizist*innen aus dem Budget streichen müssen.*

***Martin Bürki (FDP):** Beim Stellenwachstum haben wir grosse Fragezeichen, weshalb wir sehr viel Sympathie für dieses Postulat haben. So einfach geht es aber leider nicht. Deshalb müssen wir uns bei der Abstimmung entsprechend enthalten. Die Stadt wächst und verändert sich. Das verlangt eine gewisse Flexibilität. Die Umsetzung der Tagesschule braucht mehr Lehrer. Wenn die Stadt wächst, braucht es mehr Tramchauffeure und Polizisten. Ein Plafond festzulegen, ergibt daher keinen Sinn. Abgesehen davon haben wir ein System, in dem es dem Stadtrat nicht möglich ist, Stellen in der Stadtverwaltung frei herumschieben. Dies müsste jedoch bei einem Plafond gewährleistet werden.*



Johann Widmer (SVP): *Es liegt nicht an uns, dem Stadtrat vorzuschreiben, wie er das Problem löst. Mit diesem Postulat schlage ich aber gerne eine Lösung vor. Wir haben nicht gesagt, dass der Teuerungsausgleich gestrichen werden soll. Wir haben gesagt, dass der Stadtrat das Problem lösen soll, wie die Stadtverwaltung endlich verschlankt werden kann. Das sollte er bereits im FAP planen. Das ist das Anliegen des Postulats. Wie ihr das verwirklichen wollt, spielt mir keine Rolle. Von mir aus könnt ihr gerne 5000 Stellen abbauen, die es nicht braucht. Dann könnt ihr allen anderen einen fürstlichen Teuerungsausgleich auszahlen. Ihr seid unsere Angestellten und ihr müsst dafür schauen, wie ihr das Problem löst, dass euch der Gemeinderat mitgibt.*

Karin Weyermann (Die Mitte): *Auch wenn wir wie die FDP gewisse Sympathien für den Vorstoss haben, geht er in seiner Absolutheit definitiv zu weit. Man müsste darüber nachdenken, die Lohnsumme dahingehend zu beschränken, dass sie nicht stärker als die Bevölkerung wächst.*

Florian Utz (SP): *Für die SP ist klar, dass wir das Postulat ablehnen. Sven Sobernheim (GLP) und Martin Bürki (FDP) haben das bereits sehr gut begründet. Gänzlich unklar blieb mir nur, weshalb die FDP den Vorstoss nicht ablehnt.*

Tanja Maag Sturzenegger (AL): *Für uns ist das Postulat der SVP sehr unklar. Was genau wollt ihr: das Einfrieren der Löhne? Eigentlich ist ein Postulat da, um einen konkreten Prüfauftrag zu erteilen. Wir stimmten vorhin den Pauschalbeiträgen für den Teuerungsausgleich zu. Wollt ihr konsequent einen Stellenstopp? Es geht nicht nur um Stellen für «Schreibtischtäter», sondern auch um solche in der Gesundheits-, der Energie- und der Wasserversorgung. Auch die Polizei wäre betroffen und könnte allenfalls eurem Anspruch von Sicherheit und Ordnung nicht mehr gerecht werden. Letztlich amüsierte mich der Satz in der Begründung, dass die Steuereinnahmen nicht mehr so sattsam fließen würden. Kein Wunder: Wenn ihr eine Senkung des Steuerfusses um sieben Prozent verlangt, dann fliesst ein Teil der Steuern nicht mehr so flüssig. Ich frage mich deshalb, ob ihr eure Wählerschaft von den Steuerzahlungen entlasten wollt oder ob das eine scheinheilige Begründung ist, um die Verwaltung und Löhne in der Stadt mit dem Vorschlaghammer zusammenzuschrampfen.*

Samuel Balsiger (SVP): *Ein Postulat ist nur ein Prüfauftrag. Die FDP und Die Mitte/EVP sollten sich einen Ruck geben und dem Postulat zustimmen, wenn ihr das Grundproblem anerkennt. Ihr wisst, dass der hohe Personalbestand das Hauptproblem ist und dass wir nicht eine grundsätzliche Korrektur herbeiführen können, wenn wir nicht beim Personalbestand ansetzen. Mit dem Postulat wird niemand entlassen. Aber der Stadtrat muss sich Gedanken machen, was er heute nicht tut. Es ist bezeichnend, dass STR Daniel Leupi das Gefühl hat, er muss nicht anwesend sein, wenn wir eine Grundsatzdebatte zum FAP halten. Es interessiert ihn scheinbar nicht, was das Parlament zu sagen hat. Das zeigt das Verhalten des Stadtrats: Er hat keine Ahnung, wie es in Zukunft weitergehen soll. Als ich in den Rat kam, hatten wir ein Budget von 8,2 Milliarden Franken. Jetzt sind wir bei 11 Milliarden Franken. Innerhalb von kurzer Zeit hat man es geschafft, die jährlich wiederkehrenden Ausgaben um beinahe 3 Milliarden Franken zu steigern. Es*



3 / 4

muss Ihnen klar sein, dass es so nicht weitergehen darf. Es muss Ihnen klar sein, dass wenn sich bereits ein Faktor in der Weltwirtschaft verändert – beispielsweise die UBS den Standort Zürich nicht mehr bevorzugt – wenn Sie so weiterfahren, werden Sie in eine Katastrophe fahren. Es liegt dann an Ihnen, die Leute zu entlassen. Wir haben die Oberaufsicht über den Stadtrat; wir haben eine Verantwortung. Wir von der SVP nehmen sie wahr.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *Es ist schade, dass Sie auf die persönliche Ebene gehen müssen, Samuel Balsiger (SVP). Auch in Bezug zu Desinteresse und Aufmerksamkeit sollte die SVP vor der eigenen Haustür kehren. Johann Widmer (SVP) sagte, wir seien die Angestellten des Gemeinderats. Erstens haben wir den Auftrag ein Budget auszuarbeiten. Es ist Ihr Auftrag, das Budget festzulegen. Hatten Sie Staatskundeunterricht? Es gibt drei Gewalten und der Stadtrat ist vom Volk gewählt. Wenn Sie das Gefühl haben, dass wir Ihre Angestellten sind, lässt das tief blicken und spricht nicht für Sie.*

Samuel Balsiger (SVP): *Wir alle hier sind Volksvertreter und vom Volk gewählt. Wir sind Repräsentanten des Volks. Selbstverständlich kann man sagen, dass Sie in der Exekutive vom Volk angestellt sind. Sie erhalten einen Lohn, Sie haben eine Aufgabe für die Geschäftsführung der Stadt und das Volk ist der Chef in diesem Gewaltensystem. Wir sind Volksvertreter. Wenn wir von der SVP, der FDP, der SP oder den anderen Parteien eine Einschätzung machen, dann repräsentiert das das Volk, das an den Wahlen teilnimmt. Leider sind es noch zu wenige Leute, nur 50 Prozent. Aber die, die teilnehmen, werden durch den Gemeinderat repräsentiert. Wir geben Ihnen etwas auf den Weg. Sie können so tun, wie wenn es kein Problem wäre. Sie wissen aber genau, dass es nicht gut herauskommen wird, wenn Sie ein Budget innerhalb von zehn Jahren um drei Milliarden Franken vergrössern. Sie sind für vier Jahre gewählt und treten bei den nächsten Wahlen vielleicht nicht mehr an und können dann erfolgreich auf die Zeit zurückschauen, in der der Kapitalismus in der Stadt unglaubliche Summen erwirtschaftet hat. Der Kapitalismus ist das System, das die bürgerliche Schweiz aufgebaut hat und der Stadt ihren Erfolg ermöglicht. Trotz und nicht wegen der linken Politik geht es Zürich gut. Ohne Kurskorrektur wird es im Chaos enden. Sehr viel läuft in der Stadt nicht gut und wenn es zu Krisen kommen wird, werden wir die Bevölkerung daran erinnern, dass STR Daniel Leupi der Grünen eine grosse Verantwortung am Chaos trägt.*

Sven Sobernheim (GLP): *Ich erlaube mir den Hinweis, dass wir nur die Stimmbevölkerung vertreten und nicht das Volk, weil noch viele in der Stadt nicht wählen und abstimmen dürfen.*

Das Postulat wird mit 12 gegen 86 Stimmen (bei 22 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat



4 / 4

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat